

PRESEMITTEILUNG

Osnabrück, 03.03.2016

FDP: Klares Nein zu einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft

Die FDP-Fraktion Osnabrück hat sich klar gegen die Neugründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ausgesprochen.

Schon früher habe sich gezeigt, dass eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft nicht wirtschaftlich arbeitet. Die Osnabrücker Wohnungsbaugesellschaft (OWG) hatte vor ihrem Verkauf einen riesigen Berg an Schulden angehäuft und den immensen Investitionsstau nicht abgebaut. Der Verkauf war damals der richtige Schritt.

Die FDP-Politikerin Maria-Theresia Sliwka erklärt: „Eine kommunale Gesellschaft ist weder jetzt noch in Zukunft finanziell darstellbar, denn sie braucht Kapital, um vernünftig arbeiten zu können. Sie bietet auch keine Lösung des Problems des Wohnungsmangels im Niedriglohnsektor.

Dieses Problem muss anders gelöst werden, z. B. durch die Ausweisung weiterer Flächen für den sozialen Wohnungsbau im Stadtbereich. Sinnvoller und effizienter ist es, die private Wohnungswirtschaft und die bereits in Osnabrück ansässigen Genossenschaften zu unterstützen, indem wir bürokratische Hürden abbauen, Baugenehmigungsverfahren beschleunigen und Standards senken. Das können wir über die Bauleitplanung und die Ratsausschüsse steuern.“

Der Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Thiele sagt: „Private Investoren und Genossenschaften sind besser in der Lage, Immobilien- und Wohnungswirtschaft zu betreiben als staatliche Eigentümer. Wir als Liberale fordern eine engere Verzahnung der Mieter mit der Genossenschaft.

Bei der Wohneigentumsquote 2014 (von Eigentümern selbst bewohnte Wohnungen) ist Deutschland mit 52,2 % im europäischen Vergleich auf Platz 18. Da ist der Bund aufgefordert, mit Wohnungsbauförderprogrammen die Quote zu erhöhen.“